

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 7. Juli 2023, Az.: STM61-0123-6/2/2:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 2. Quartal 2023.

Hassler
Staatssekretär

Eingegangen: 7.7.2023 / Ausgegeben: 12.7.2023

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier; ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****2. Quartal 2023**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Stärkung von Transformationsregionen	2
Beziehungen zur Schweiz.....	3
II. Laufende europapolitische Themen	6
92. Europaministerkonferenz	6
155. Plenartagung des AdR	7
Antrag im Bundesrat zur Weiterentwicklung der Ratsentscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik	8
Gespräch mit der katalanischen Europaministerin	8
Kommissionsvorschlag für ein Binnenmarkt-Notfallinstrument.....	8
EU-Verordnungen zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln.....	9
Reise von Ministerpräsident Kretschmann nach Polen	9
Reise von Ministerpräsident Kretschmann und Staatsrätin Bosch nach Vorarlberg	10
Kick-Off des Europäischen Netzwerks für dialogische Bürgerbeteiligung	10
Veranstaltung "Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa–100 Städte gehen voran".	11
Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks	12
Europaöffentlichkeitsarbeit.....	13
Dynamischer Europapool.....	14
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	15
Internationale Bodenseekonferenz	15
Makroregionale Strategien.....	15
Frankreich.....	16
INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein	17
Vier Motoren für Europa.....	17
Entwicklungspolitik.....	18

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 2. Quartal 2023 bildeten die Stärkung von Transformationsregionen sowie die Beziehungen zur Schweiz die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Stärkung von Transformationsregionen

Delegationsreise von Abgeordneten des Ausschusses für Regionalpolitik des Europäischen Parlaments

Die Unterstützung von hochinnovativen europäischen Industrieregionen stand im Fokus einer Delegationsreise von Abgeordneten des Ausschusses für Regionalpolitik des Europäischen Parlaments am 15. und 16. Juni 2023 in Baden-Württemberg. Staatssekretär Florian Hassler und Staatssekretär Dr. Patrick Rapp MdL hatten diese gemeinsam eingeladen, sich ein Bild von den Transformationsleistungen Baden-Württembergs in der Automobilwirtschaft und den damit verbundenen Herausforderungen zu machen. Der Ausschuss für Regionalpolitik erarbeitet im Moment einen Initiativbericht zum Thema „Umgestaltung des künftigen Rahmens der EU-Strukturfonds zur Unterstützung der besonders von den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Übergang in der Automobilindustrie sowie dem ökologischen und dem digitalen Wandel betroffenen Regionen“. Ziel der Reise war es, die Abgeordneten für die besonderen Bedürfnisse einer Automotive-Transformationsregion im Hinblick auf notwendige struktur- und beihilferechtliche EU-Rahmenbedingungen zu sensibilisieren.

Die beiden Staatssekretäre trafen die Abgeordneten und weitere Delegationsteilnehmer gemeinsam mit den Amtschefs des Wirtschafts- und des Verkehrsministeriums Michael Kleiner und Berthold Fries in Stuttgart und übergaben ihnen ein Diskussionspapier der Ressorts mit Vorschlägen zur künftigen Anpassung der EU-Strukturpolitik.

Die Delegation setzte sich aus Abgeordneten der Europäischen Volkspartei, der Sozialdemokraten, den Grünen und der Europäischen Linken aus Deutschland, Frankreich, Spanien und Bulgarien zusammen. Sie besuchten während ihres Aufenthalts in Baden-Württemberg die MAHLE GmbH, die Zukunftswerkstatt 4.0, die Robert Bosch Automotive Steering GmbH, die Gehring Technologies GmbH + Co. KG und tauschten sich darüber hinaus in Schwäbisch Gmünd mit lokalen und regionalen Politikern u.a. über die Initiative Zukunft Ostwürttemberg aus.

Treffen der Automotive Intergroup des Ausschusses der Regionen

Die Stärkung von Transformationsregionen stand auch im Mittelpunkt eines Treffens der Automotive Intergroup des Ausschusses der Regionen (AdR) am 25. Mai 2023 in Brüssel, an dem Staatssekretär Florian Hassler teilnahm. Die Intergroup tauschte sich

dabei mit AdR-Mitglied Minister Sven Schulze aus Sachsen-Anhalt zu seinem AdR-Initiativbericht zur Transformation der Automobilwirtschaft aus. Das Staatsministerium hatte sich in die Erarbeitung des Berichts zuvor intensiv mit seinen Erfahrungen aus dem Strategiedialog Transformation Automobilwirtschaft Baden-Württemberg eingebracht.

Konsultation zur Zukunft der Kohäsionspolitik

Das Staatsministerium hat gemeinsam mit den betroffenen Ressorts im Juni 2023 an einer öffentlichen Konsultation der Kohäsionsallianz zur Zukunft der Kohäsionspolitik teilgenommen. Die Kohäsionsallianz ist eine gemeinsame Initiative des Europäischen Ausschusses der Regionen und führender europäischer Gebietskörperschaften mit dem Ziel, eine starke Kohäsionspolitik über das Jahr 2027 hinaus zu fördern. Seit ihrer Gründung im Oktober 2017 vereint die Allianz mehr als 12.000 Einzelpersonen, 140 Regionen, 137 Städte und Kreise, 50 Verbände lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, 40 Mitglieder des Europäischen Parlaments und 35 Branchenverbände der EU. Es ist geplant, die Ergebnisse in die Ausarbeitung einer gemeinsamen Position zur Zukunft der Kohäsionspolitik einfließen zu lassen, die für Anfang 2024, vor dem 9. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission und den Europawahlen, geplant ist. Gefordert wird eine bessere Berücksichtigung von Regionen wie Baden-Württemberg, die sich hohen Transformationsherausforderungen gegenübersehen. Dabei wird eingegangen auf Erleichterungen im europäischen Beihilfe- und im Förderrecht.

Beziehungen zur Schweiz

Fortschreibung der Schweiz-Strategie des Landes

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Schweiz-Strategie des Landes aus dem Jahr 2017 gemeinsam mit den Nachbarn fortzuschreiben. Zum Auftakt lud Staatssekretär Florian Hassler am 23. Juni 2023 zum „Zukunftsforum zur Fortschreibung der Schweiz-Strategie“ im Neuen Schloss in Stuttgart ein. An der Fachkonferenz nahmen rund 150 baden-württembergische und schweizerische Akteurinnen und Akteure aus den Grenzlandkreisen und Grenzkantonen, aus Kammern, Verbänden und Institutionen, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung teil. Staatssekretär Hassler diskutierte mit Regierungsrätin Esther Keller aus dem Kanton Basel-Stadt, Professorin Dr. Daniela Kleinschmit (Universität Freiburg i.Br.) und Landrat Zeno Danner (Konstanz) über die Herausforderungen der Zusammenarbeit unter den aktuellen Rahmenbedingungen. Daneben nahmen auch Generalkonsul Urs Schnider mit einem Grußwort, Grossrätin Andrea Knellwolf, Mitglied im Vorstand des Oberrheinrates sowie der Deutsche Botschafter in Bern, Michael Flügger, an der Veranstaltung teil.

Die Teilnehmenden der Konferenz debattierten über die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg. Einigkeit bestand, dass gerade jetzt der bilateralen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zukommt. Im Bereich von Wirtschaft und Technologie lagen die Schwerpunkte der Diskussion in den Kooperationen im Bereich KI und der Gesundheitswirtschaft. Wichtiges Thema war auch die Förderung der Wissenschaftskooperation, die unter der fehlenden Assoziierung der Schweiz beim EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe leidet, etwa im Rahmen der erfolgreichen grenzüberschreitenden Hochschulverbände Eucor und Wissenschaftsverbund Vierländerregion Bodensee. In der grenzüberschreitenden Mobilität standen die Stärkung und Weiterentwicklung umweltschonender Verkehrsträger und das grenzüberschreitende Ticketing im Fokus. Hervorgehoben wurde auch die Zusammenarbeit zur Demokratieentwicklung, die aktuell besonders bedeutsam ist. Die Vorschläge werden nun mit den Fachressorts ausgewertet.

Die weiteren Planungen zur Fortschreibung der Schweiz-Strategie sehen unter anderem zwei Bürgerdialoge im deutsch-schweizerischen Grenzraum vor. Damit sollen Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort aufgenommen werden.

Reise von Staatssekretär Hassler in die Schweizer Grenzkantone

Staatssekretär Florian Hassler reiste vom 15. bis 16. Mai 2023 in die Schweiz und in die baden-württembergischen Grenzgebiete. Ziel war es, vor Ort Impulse für die Fortschreibung der Schweiz-Strategie des Landes aufzunehmen. Im Gespräch mit der Regierungspräsidentin des Kantons Basel-Landschaft, Kathrin Schweizer, kamen unter anderem die politischen Rahmenbedingungen nach dem Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU, der Einsatz Baden-Württembergs als Brückenbauer zwischen Brüssel und Bern und die Energiewende zur Sprache.

Im Gespräch mit der Rektorin der Universität Basel, Prof. Dr. Dr. h.c. Andrea Schenker-Wicki, stand die Wissenschaftskooperation im Fokus. Ein Schwerpunkt war die Weiterentwicklung des oberrheinischen Universitätsverbunds Eucor zu einem grenzüberschreitenden Wissenschaftsraum mit internationaler Ausstrahlung und die Etablierung von Brückenprofessuren. Außerdem informierte sich Staatssekretär Hassler zu „trireno“, der trinationalen S-Bahn im Großraum Basel, die Deutschland, Frankreich und die Schweiz verbindet.

Zur vielfältigen kommunalen Zusammenarbeit mit der Schweiz tauschte sich Staatssekretär Hassler mit den Stadtobehörten der beiden Rheinfelden, Stadtmannmann Franco Mazzi (Rheinfelden/Schweiz) und Oberbürgermeister Klaus Eberhardt (Rheinfelden/Baden) aus. Die Schwesterstädte arbeiten unter anderem im Bereich der gemeinsamen Raumentwicklung und beim grenzüberschreitenden Verkehr zusammen. Wichtige Impulse gab der Austausch mit dem Präsidenten der Hochrheinkommission

und Landrat des Landkreises Waldshut, Dr. Martin Kistler, sowie mit dem Bürgermeister der Gemeinde Dogern, Fabian Prause, zum Abschluss der Reise.

Veranstaltung über den Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zu den EU-Schweiz-Beziehungen

Am 24. Mai 2023 organisierte das Staatsministerium in der Landesvertretung in Brüssel eine hybride Veranstaltung mit dem Titel „EU-Schweiz-Beziehungen am Scheideweg – Welche Impulse kommen aus dem Europäischen Parlament?“. Staatssekretär Florian Hassler eröffnete die Veranstaltung und begrüßte den Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments. Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Lukas Mandl MdEP, gab einen Überblick über den Berichtsentwurf und die verschiedenen Facetten der EU-Schweiz-Beziehungen. Danach diskutieren Staatssekretär Hassler und Lukas Mandl MdEP mit Rita Adam, Schweizer EU-Botschafterin, und Juraj Nocair, Kabinettschef des Kommissionsvizepräsidenten Maroš Šefčovič, über die EU-Schweiz-Beziehungen. Juraj Nocair verdeutlichte nochmals, dass die Europäische Kommission die Sondierungen so schnell wie möglich mit den Verhandlungen beginnen und diese bis Sommer 2024 abschließen möchte. Rita Adam wies auf die Schweizer Besonderheiten bei Lohnschutz und Personenfreizügigkeit hin. Der Schweiz sei zudem daran gelegen, die institutionellen Beziehungen langfristig zu regeln und bei den Verhandlungen auch neue Abkommen in Bereichen wie Strom und Gesundheit einzubinden („Paketansatz“). In der weiteren Diskussion hob Staatssekretär Hassler die Bedeutung der Forschungszusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz hervor und forderte eine schnelle und vollständige Assoziierung der Schweiz am EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“.

Webinar zu den Entwicklungen im Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz mit dem Kanton Basel-Stadt

Eine gute Zusammenarbeit verbindet Baden-Württemberg mit dem Kanton Basel-Stadt. Am 26. Juni 2023 fand das zweite Webinar zum Thema EU – Schweiz mit Staatssekretär Florian Hassler und dem Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Beat Jans, statt. Dabei standen die bereits sichtbaren und künftig drohenden wirtschaftlichen Folgen der fehlenden Einigung zu den institutionellen Fragen im Vordergrund. Neben dem Botschafter der EU in Bern, Petros Mavromichalis, nahmen Jacqueline Fehr, Regierungsrätin des Kantons Zürich, Dr. Dietrich Birk, Geschäftsführer des VDMA Baden-Württemberg und Ministerialdirektor Michael Kleiner vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg an dem virtuellen Austausch teil.

IBK-Delegationsreise nach Brüssel

Am 29./30. Juni 2023 nahm Staatssekretär Florian Hassler an der IBK-Delegationsreise nach Brüssel teil. Vor Ort wurde das IBK-Strategiegespräch geführt, bei dem die IBK-Regierungschefs u.a. über die Möglichkeiten der Einrichtung einer auf Bundesebene verankerten quadrilateralen Dialogplattform zwischen den Bodenseeanrainern Deutschland, Österreich, Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein diskutiert haben. Die Pilotphase dieser Dialogplattform wird im Dezember 2023 mit einem 2. Pilottreffen unter Teilnahme der IBK-Regierungschefs enden. Zudem wurde im Strategiegespräch ein europapolitisches Positionspapier der IBK verabschiedet. In dem Papier wurden Forderungen für die EU-Schweiz-Beziehungen formuliert. Diese Forderungen konnten in zahlreichen politischen Gesprächen, u.a. mit Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Pascal Schafhauser, Botschafter des Fürstentums Liechtensteins sowie Markus Ferber MdEP und den Podiumsteilnehmerinnen der Diskussion zu den EU-Schweiz-Beziehungen angebracht werden. Auch die Internationale Parlamentarische Bodenseekonferenz mit Mitgliedern des Landtags aus Baden-Württemberg führte eine Delegationsreise nach Brüssel durch und nahm an einigen Terminen der IBK teil.

II. Laufende europapolitische Themen

92. Europaministerkonferenz

Die Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister der Länder (EMK) tagte unter dem Vorsitz von Sachsen-Anhalt am 21. Juni 2023 in Berlin. Staatssekretär Florian Hassler nahm als Vertreter Baden-Württembergs teil. Zu den wesentlichen Themen gehörten die EU-Digitalpolitik mit dem Schwerpunkt KI, die Zukunft der Kohäsionspolitik, die Industrie- und Handelspolitik der EU, die Lage in der Ukraine und der Stand der Erweiterungspolitik, der grenzüberschreitende Schienenverkehr in Europa sowie die Jugendpolitik der EU. Zudem berieten die Mitglieder über die Weiterentwicklung der EMK. Gäste der EMK waren u.a.

- Dr. Anna Lührmann MdB, Staatsministerin für Europa und Klima,
- Michael Theurer MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Digitalisierung und Verkehr,
- Prof. Dr. Judith Simon, Deutscher Ethikrat,
- Dr. Peter Becker, Stiftung Wissenschaft und Politik,
- Frauke Muth, Leiterin der Nationalen Agentur JUGEND für Europa.

Die EMK fasste drei Beschlüsse:

- Weiterentwicklung der EMK
- Aktuelle europapolitische Herausforderungen im digitalen Zeitalter–Teil III
- Grenzüberschreitender Schienenverkehr in Europa

Der Beschluss zum grenzüberschreitenden Schienenverkehr in Europa greift u.a. Anliegen des Landes in Bezug auf die EU-Förderung der sog. „Missing Links“ im grenzüberschreitenden Schienennetz auf. Die Beschlüsse sind unter folgendem Link abrufbar: <https://europa.sachsen-anhalt.de/emk-vorsitz-20222023/beschluesse-der-emk>.

155. Plenartagung des AdR

Im Mittelpunkt der 155. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 24./25. Mai 2023 standen Debatten über den Wiederaufbau der Ukraine, die Halbzeitbewertung des Mehrjährigen Finanzrahmens und die Krisenvorsorge. Staatssekretär Florian Hassler nahm an der Sitzung in Brüssel teil.

Im Rahmen der Plenarsitzung schaltete sich der ukrainische Präsident Volodymyr Selenskyi mit einer Videobotschaft zu. Er dankte dem AdR und den Regionen und Städten für ihre Unterstützung und ermutigte sie, sich für den Wiederaufbau der Ukraine weiter zu engagieren. Präsident Selenskyi würdigte mit seinem Auftritt auch die Europäische Allianz der Regionen und Städte für den Wiederaufbau der Ukraine, die vom AdR initiiert wurde und an der Baden-Württemberg ebenfalls beteiligt ist.

Ein zentrales Thema der Plenarsitzung war die geplante Halbzeitbewertung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027. Hierzu fand eine Debatte mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments statt. Der AdR verabschiedete eine Stellungnahme zum Thema, die auch viele Anliegen der Landesregierung aufgreift.

Janez Lenarcic, Kommissar für Krisenmanagement, betonte in der Debatte zum Thema Krisenvorsorge das gestiegene Risiko für Naturkatastrophen und die Bedeutung von Krisenvorsorgemaßnahmen auf kommunaler und regionaler Ebene. Dabei seien die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften von zentraler Bedeutung. Auf Vermittlung des Staatsministeriums wurden in einem begleitenden Video zur Debatte die Klimaanpassungsmaßnahmen der Städte Karlsruhe und Kornwestheim als Best-Practice-Beispiele gezeigt (abrufbar unter <https://youtu.be/Tij8N1GOPWU>). Im Rahmen der Plenartagung wurde auch eine Stellungnahme zum Thema Krisenvorsorge beschlossen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Plenartagung war eine Debatte über die Förderung der Gleichstellung mit Helena Dalli, Kommissarin für Gleichheitspolitik. Der neu gewählte Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Oliver Röpke diskutierte mit den AdR-Mitgliedern über die künftige Zusammenarbeit beider Organe. Zudem wurden weitere Stellungnahmen diskutiert und beschlossen, u.a. zur Interoperabilität des öffentlichen Sektors und zum Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme.

Antrag im Bundesrat zur Weiterentwicklung der Ratsentscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik

Im Nachgang zur Konferenz zur Zukunft Europas war Baden-Württemberg Mitantragssteller eines Beschlusses des Bundesrats vom 12. Mai 2023 zur Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Rat (BR-Drucksache 173/23). In diesem Beschluss verwies der Bundesrat auf seine frühere Stellungnahme zu dieser Thematik vom 25. November 2022 (Drs 282/22 (B)), die bereits die Kompetenzbereiche der Länder bei der Nutzung von sog. Brücken-Klauseln betraf. Insbesondere mit Blick auf die aktuelle sicherheitspolitische Lage begrüßte der Bundesrat eine gestärkte Handlungsfähigkeit der EU und forderte die Bundesregierung auf, sich für eine Fortsetzung der Diskussion über die Nutzung von sog. Brückenklauseln in diesem Bereich einzusetzen. Dabei betonte der Bundesrat den vertrauensvollen Austausch mit den europäischen Nachbarn als Grundlage für breite Mehrheiten im Rat und begrüßte bestehende gesetzliche Mechanismen, die im Falle der qualifizierten Mehrheitsentscheidung die nationale Souveränität absichern können. Darüber hinaus bat er die Bundesregierung zur Prüfung von Möglichkeiten der verstärkten Zusammenarbeit gemäß Artikel 329 AEUV. Schließlich komme es für eine abschließende Bewertung der Konferenz zur Zukunft Europas entscheidend auf eine eingehende Befassung mit den Ergebnissen im Rahmen der bestehenden demokratischen Prozesse an.

Gespräch mit der katalanischen Europaministerin

Am Rande der 155. Plenarsitzung des AdR am 25. Mai 2023 traf Staatssekretär Florian Hassler die neue katalanische Europaministerin Meritxell Serret i Aleu zu einem Gespräch. Es bestand Einigkeit, dass die gute Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Katalonien auf weitere Zukunftsfelder ausgeweitet werden kann. Als mögliche Themen wurden die Kooperation im Bereich Wasserstoff oder im Bereich Digitalisierung identifiziert. Staatssekretär Hassler und Ministerin Serret i Aleu tauschten sich über die grüne und digitale Transformation der Wirtschaft als eine Herausforderung für beide Regionen aus und sprachen über die Zusammenarbeit im AdR. Staatssekretär Hassler stellte außerdem die Schwerpunkte der baden-württembergischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa vor.

Kommissionsvorschlag für ein Binnenmarkt-Notfallinstrument

Staatssekretär Florian Hassler traf sich am 25. Mai 2023 mit Andreas Schwab MdEP als Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Kriseninstrument zu einem Gespräch zum Kommissionsvorschlag für ein Binnenmarkt-Notfallinstrument. Staatssek-

retär Hassler betonte im Gespräch die Bedeutung der Gesetzgebung für Baden-Württemberg und seine Grenzregionen mit Frankreich und der Schweiz. Er erläuterte zudem die Verbesserungsvorschläge, die Baden-Württemberg bereits zuvor im Zuge des Bundesratsverfahrens zum Vorschlag der Europäischen Kommission eingebracht hatte. Dazu gehörten, dass die Tatbestandsmerkmale und Indikatoren zur Einordnung eines Binnenmarktnotfalls weiter konkretisiert werden und bei der vorgesehenen Beratungsgruppe aus Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission auch die für Katastrophenschutz zuständige Stellen in den Mitgliedstaaten einbezogen werden sollten. Zudem sollten neben der Freizügigkeit für Katastrophenschutzkräfte im Falle eines Binnenmarkt-Notfalls auch weitere Personengruppen wie beispielsweise Polizeikräfte von der Regelung erfasst werden. Der Eingriff der Mitgliedstaaten in die unternehmerische Freiheit im Falle einer Krise sollte an sehr strenge Voraussetzungen geknüpft werden. Zudem sollten Vorkehrungen zur Entschädigung der betroffenen Unternehmen getroffen und bei Informationsanfragen an Unternehmen der bürokratische Aufwand auf ein Minimum reduziert werden.

EU-Verordnungen zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Staatssekretär Florian Hassler traf am 24. Mai 2023 Sarah Wiener MdEP, Berichterstatterin für den Verordnungsentwurf zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln im Umweltausschuss des Europäischen Parlament in Brüssel. Dabei stellte er ihr die Maßnahmen und Ziele des Biodiversitätsstärkungsgesetzes des Landes vor und erörterte mit ihr die Schwerpunkte ihrer Änderungsvorschläge an der Verordnung. Staatssekretär Hassler sprach sich dabei erneut dafür aus, die Definition der im Verordnungsentwurf bezeichneten empfindlichen Gebiete zur Verringerung der Gebietskulisse enger zu fassen und die Verbotstatbestände unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutzziele zu überarbeiten. Hier verwies er insbesondere auf Einschränkungen bei Sonderkulturen und den ökologischen Landbau und betonte die besondere Bedeutung, in der Gesetzgebung einen tragfähigen Ausgleich zwischen Naturschutz und wirtschaftlichen Interessen der landwirtschaftlichen und Weinbaubetriebe herzustellen. Sarah Wiener MdEP zeigte sich im Gespräch beeindruckt von der Ausgestaltung des Biodiversitätsstärkungsgesetzes und nahm eine Einladung von Staatssekretär Hassler nach Baden-Württemberg an, um sich ein Bild von der Umsetzung des Gesetzes vor Ort zu machen.

Reise von Ministerpräsident Kretschmann nach Polen

Ministerpräsident Winfried Kretschmann begleitete als Kirchenbeauftragter der Landesregierung vom 23. bis 25. Juni 2023 die Reise des Diözesanbischofs von Rottenburg-Stuttgart, Bischof Dr. Gebhard Fürst, im Rahmen des Projektes „Friedensglocken für Europa“ in die Woiwodschaft Ermland-Masuren, Polen. Während der Reise wurden

insgesamt drei von den Nationalsozialisten eingezogene Kirchenglocken ihren Ursprungsgemeinden wieder zur Verfügung gestellt. Die Reise gab damit ein wichtiges Signal zum Einsatz der Kirche für Frieden und Versöhnung zwischen den Menschen und Völkern. Im Mittelpunkt standen auch die gemeinsame Gedenkarbeit, die deutsche Minderheit in Polen sowie die Bedeutung der katholischen Kirche in der Solidarność und für die Beendigung des Kalten Krieges. Mehrfach wurden die Kirchenglocken als Symbol eines gemeinsamen, vereinten Europa und der deutsch-polnischen Freundschaft gewürdigt.

Ministerpräsident Kretschmann besuchte auch ein Zentrum für ukrainische Geflüchtete in Rybaki bei Olsztyn/Allenstein. Dort brachte er die Wertschätzung für das große Engagement für die Ukraine und ihre Geflüchteten zum Ausdruck.

Reise von Ministerpräsident Kretschmann und Staatsrätin Bosch nach Vorarlberg

Ministerpräsident Kretschmann und Staatsrätin Barbara Bosch sind am 26. April 2023 nach Bregenz/Vorarlberg gereist. Ministerpräsident Kretschmann knüpfte dabei an die gute Zusammenarbeit und den engen Austausch mit dem Vorarlberger Landeshauptmann, Markus Wallner, an. Ebenfalls sprach er mit Landesrat Daniel Zadra. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Energiekooperation, der langjährige Austausch in der Bürgerbeteiligung sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der IBK. So arbeitet die EnBW Energie Baden-Württemberg AG seit langem eng mit den Vorarlberger Illwerken im Bereich der Wasserkraft zusammen.

Staatsrätin Barbara Bosch war im Anschluss mit einer Delegation aus Abgeordneten des Landtags, aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft vom 26. bis 28. April 2023 in Vorarlberg, um Praxisbeispiele der Vorarlberger Bürgerräte kennenzulernen. Damit wurden Impulse aufgenommen für die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg und eine stärkere Verbindung zwischen direkter Demokratie und dialogischer Bürgerbeteiligung. Hintergrund ist, dass der Koalitionsvertrag eine an das Vorarlberger Modell angelehnte Ergänzung der Landesverfassung vorsieht. In Vorarlberg gibt es seit 2011 Bürgerräte auf Landesebene und die Delegation nutzte die Möglichkeit, vor Ort mit Initiatoren, Beteiligten und Verwaltung zu sprechen.

Kick-Off des Europäischen Netzwerks für dialogische Bürgerbeteiligung

Überall in Europa wächst die Bedeutung von Bürgerbeteiligung. Städte, Regionen, Länder und die Europäische Kommission machen sich auf, um Veränderungen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern zu begleiten. Baden-Württemberg ist eine der fortschrittlichsten Regionen im Bereich der Bürgerbeteiligung. Unter der Politik des Gehörtwerdens hat Baden-Württemberg mehr als zehn Jahre Erfahrung in diesem Be-

reich. Diese Erfahrung wollte Baden-Württemberg aktiv einbringen und anderen in Europa zur Verfügung stellen. Daher war die Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung zusammen mit der Landesvertretung in Brüssel am 15./16. Mai 2023 Gastgeber für den Auftakt eines europäischen Netzwerks von Städten und Regionen sowie nationalen und europäischen Institutionen zur Bürgerbeteiligung. Ziel ist es, u.a. Qualitätsstandards für gute Beteiligung zu erarbeiten, umso mehr und bessere Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger in Europa zu schaffen. Baden-Württemberg hat zudem den Vorschlag für eine Mehr-Ebenen-Bürgerbeteiligung gemacht, um die Bürgerdialogformate, die die Europäische Kommission in ihren Gesetzgebungsprozessen institutionalisiert hat, auch in die Mitgliedstaaten und Europas Regionen zu tragen. Daran soll zukünftig weitergearbeitet werden.

Das Netzwerk wird von der Bertelsmann Stiftung zusammen mit der Federation for Innovation in Democracy Europe (FIDE) geleitet und organisiert. Teilnehmende waren u.a. Vertreter aus dem Bundestag, Katalonien, Irland, Ostbelgien, der Europäischen Kommission, des AdR sowie aus der Zivilgesellschaft. Das Netzwerk wird sich mehrfach im Jahr treffen, um Projekte voranzubringen und Erfahrungen auszutauschen. Es soll in den kommenden Monaten weiter ausgebaut werden.

Veranstaltung "Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa –100 Städte gehen voran"

Ziel der Veranstaltung am 24. Mai 2023, zu der Staatssekretär Florian Hassler und Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz eingeladen hatten, war es, die gemeinsamen Interessen im Bereich des Klimaschutzes auf den verschiedenen politischen Ebenen zu einem kollektiven Handeln zu bündeln. Darüber hinaus sollte die Stimme der lokalen und regionalen Akteure aus dem Kreis der Vier Motoren für Europa gegenüber der Europäischen Kommission gestärkt werden, die zentraler Akteur der 100-Städte-Mission und Fördermittelgeber ist. Passend dazu nahm, als weiterer politischer Akteur aus einer der Vier Motoren für Europa-Regionen, Valentin Lungenstrass, Bürgermeister für Mobilität, Städtische Logistik und öffentlichen Raum der Stadt Lyon, an der Podiumsdiskussion teil.

In seiner Begrüßung stellte Staatssekretär Florian Hassler die Ziele der Präsidentschaft Baden-Württembergs bei den Vier Motoren für Europa vor. Er betonte dabei die besondere Bedeutung der Kommunen für die Umsetzung der Klimaneutralität Baden-Württembergs bis 2040 und deren Unterstützung durch das Land. Anschließend verdeutlichte der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim Dr. Peter Kurz die wichtige Rolle von Städten innerhalb eines Multi-Level-Governance Systems. Für die Umsetzung der 100-Städte-Mission der Europäischen Kommission sei die Zusammenarbeit verschiedener Ebenen von zentraler Bedeutung. Die Umweltbürgermeisterin der Stadt

Mannheim, Prof. Dr. Diana Pretzell stellte den ambitionierten „Local Green Deal“ ihrer Stadt vor; bis 2030 will Mannheim in enger Kooperation mit der Bevölkerung und der Stadtverwaltung klimaneutral werden.

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen Dr. Andre Baumann MdL, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Valentin Lungenstrass, Bürgermeister für Mobilität, Städtische Logistik und öffentlichen Raum der Stadt Lyon, sowie Rosalinde van der Vlies, Direktorin für „Clean Planet“ der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission teil. Bei der Diskussion wurde u.a. die wichtige Rolle von Forschung und Innovation auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstrichen sowie die Vorbildfunktion der 100 Städte für andere Städte in der EU betont.

Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks

Das Staatsministerium hat im Rahmen seiner Mitarbeit im Regional Hubs-Netzwerk (RegHub) des AdR im 2. Quartal 2023 an drei Konsultation zum EU-Förderprogramm „Digitales Europa“, zum europäischen Vergaberecht und zum Thema „Die Zukunft des Grünen Deals: Bilanz und Ausblick“ teilgenommen.

Kernstück der Konsultation zum Programm „Digitales Europa“ sind Rückmeldungen zur Umsetzung des EU-Förderprogramms. Außerdem soll ermittelt werden, wie das Programm in Zukunft verbessert werden könnte, um seine strategischen Ziele besser zu erreichen. Die Antworten zeigen, dass das Programm im Land sehr gut genutzt wird, auch wenn sich manche Anwendungen noch in der Startphase befinden. Beispiele hierfür sind der Aufbau von Digital Hubs und die Umsetzung der Landesstrategie zum High Performance Computing. Synergieeffekte gibt es vor allem mit weiteren Landesmitteln und Landesprogrammen.

Die Konsultation zum europäischen Vergaberecht fokussiert auf die Umsetzung des strategischen öffentlichen Beschaffungswesens (umweltgerechte, sozial verantwortliche und innovationsfördernde Vergabe öffentlicher Aufträge) sowie den Zugang von KMU und lokalen Unternehmen zu öffentlichen Ausschreibungen. Die Auswertung der Konsultationsbeiträge zeigt, dass das europäische Vergaberecht von den Stakeholdern überwiegend positiv bewertet wird. Allerdings wird zugleich die Komplexität kritisiert, insbesondere die Zunahme immer mehr zu berücksichtigender Kriterien. Die Stakeholder heben hierbei vor allem die dadurch entstehenden hohen Hürden für KMU hervor. Zugleich werden fehlende Kompetenzen und Fachkräfte für die Verfahrensabwicklungen bei öffentlichen Auftraggebern genannt. Es wird daher eine Straffung des Vergaberechts empfohlen. Lösungsvorschläge darüber hinaus sind u.a. eine Los-weise Vergabe und ein Gütesiegel für KMU-freundliche öffentliche Auftraggeber bzw. KMU-freundliche Beschaffungspraktiken. Außerdem sollen regionale Aspekte und Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden.

Kernstück der Konsultation zum Thema „Die Zukunft des Grünen Deals: Bilanz und Ausblick“ ist der Grüne Deal insgesamt als übergreifender Rahmen sowie die folgenden von der Europäischen Kommission festgelegten Bereiche: Klimaanpassung, Erzeugung sauberer Energie, Gebäudeeffizienz, nachhaltiger Verkehr, Schutz der biologischen Vielfalt, nachhaltige Lebensmittel, Verringerung der Umweltverschmutzung, Kreislaufwirtschaft. Die Antworten zeigen die verschiedenen Landesstrategien, Gesetzgebungen, Task Forces etc. im Bereich Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Gebäudeeffizienz, nachhaltiger Verkehr, nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung auf. Sie verdeutlichen neben den Erfolgen aber auch Herausforderungen in der Umsetzung.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Europaaktionstag 2023

Am 5. Mai 2023 fand der Europaaktionstag auf dem Schlossplatz in Stuttgart statt. Zusammen mit den Kooperationspartnern Europäische Kommission und Europäisches Parlament sowie verschiedene Ministerien und EU-Akteure informierte das Staatsministerium eine große Anzahl an Besucherinnen und Besuchern über europabezogene Themen. Neben diversen künstlerischen Darbietungen fanden auch Interviews mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Vertretern der Landesregierung statt.

EU-Schulprojekttag 2023

Am 22. Mai 2023 fand der bundesweite EU-Schulprojekttag statt. Staatssekretär Florian Hassler tauschte sich am Otto-Hahn-Gymnasium in Ostfildern mit Schülerinnen und Schülern zu aktuellen europäischen Themen aus. Staatsrätin Barbara Bosch nutzte ihren Besuch bei der Friedrich-Hoffmann-Gemeinschaftsschule in Reutlingen für Gespräche mit Schülerinnen und Schülern.

Europäischer Wettbewerb - „Rede über Europa“

Der 70. Europäische Wettbewerb ist der älteste Schülerwettbewerb zu europäischen Themen. Dieses Jahr nahmen bundesweit knapp 70.000 Schülerinnen und Schüler teil, davon 17.353 aus Baden-Württemberg. Die Preisträger des in Baden-Württemberg stattfindenden Zusatzwettbewerbs „Rede über Europa“ wurden am 9. Mai 2023 in einer festlichen Veranstaltung im Neuen Schloss geehrt. Staatssekretär Hassler verlieh gemeinsam mit Vertretern von Europa-Union und Europäischer Bewegung zwölf Preise an die erfolgreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

euRobi-Stifterpreis

Mit dem euRobi-Stifterpreis zeichnet die Europäische Bewegung Auszubildende aus, die im Rahmen ihrer dualen Ausbildung einige Zeit im europäischen Ausland verbracht und hierbei vielfältige Erfahrungen gesammelt haben. In diesem Zusammenhang wurden am 9. Mai 2023 zwei Personen durch Staatssekretär Hassler und Vertreter von Europa-Union und Europäischer Bewegung im Neuen Schloss ausgezeichnet.

Kooperation „Schulbesuch Europa“

Der „Schulbesuch Europa“ ist ein interaktives Theaterstück. Teilnehmende werden Teil des europäischen Entscheidungsprozesses und lernen die Gefüge und Auswirkungen auf den eigenen Alltag hautnah kennen. In Kooperation mit dem Theater der Stadt Aalen konnten im ersten Halbjahr 2023 sieben Vorstellungen an Schulen in Baden-Württemberg durchgeführt werden. Die PH Gmünd hat die Vorstellungen als weiterer Kooperationspartner wissenschaftlich begleitet und einen Bericht zur Weiterentwicklung des Stücks sowie eine Handreichung für Lehrkräfte entwickelt.

Dynamischer Europapool

Strategische Platzierung von Nationalen Sachverständigen bei der Europäischen Kommission

Zur Umsetzung der Kabinettsvorlage „Steigerung der Europafähigkeit der Landesverwaltung“ vom 7. Februar 2023 wurden die Ressorts Anfang Mai 2023 aufgefordert, Bereiche in der Europäischen Kommission zu melden, bei denen eine Besetzung durch einen Nationalen Sachverständigen interessant wäre. Die Rückmeldungen liegen mittlerweile vor und werden ausgewertet. Aus den Interessensbekundungen sollen zwei Positionen ausgewählt werden, die für das Land Baden-Württemberg eine strategisch besonders wichtige Bedeutung haben. Im Anschluss sollen passende Kandidaten gesucht werden, deren Bewerbung auf diese Positionen unterstützt wird.

Hallstein-Seminar

Vom 24.-26. Mai 2023 fand das Hallstein-Seminar in Brüssel statt. Eine gemeinsame Delegation von 43 oberen Führungskräften aus Baden-Württemberg und Bayern haben ein anspruchsvolles Seminarprogramm absolviert. Es bot die Gelegenheit, die verschiedenen europäischen Institutionen vor Ort und die komplexen europäischen Entscheidungsabläufe kennenzulernen. Zudem konnten sich die baden-württembergischen und bayerischen Kolleginnen und Kollegen untereinander austauschen und vernetzen.

Seminar „Français professionnel – Business Französisch“

Am 11. Mai 2023 fand erstmalig das eintägige Seminar „Français professionnel – Business Französisch“ für Pool-Mitglieder in Stuttgart statt. Es bestand großes Interesse an diesem Seminar und die Rückmeldungen waren durchweg positiv.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz

Am 12. Mai 2023 fand der zweite Ständige Ausschuss unter dem neuen Vorsitz Bayerns in München statt. Dabei wurden die Planungen und Beschlussdokumente für die IBK-Delegationsreise konkretisiert.

Makroregionale Strategien

Bei den Makroregionalen Strategien stand im 2. Quartal 2023 die Zusammenarbeit in den verschiedenen Gremien und Governance-Strukturen im Fokus:

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 16. Mai 2023 tagte das Gremium der Nationalen Koordinatoren (NC) zum ersten Mal seit langem wieder unter Beteiligung aller 14 EUSDR-Delegationen. Neben der Vorbereitung des Annual Forums im Oktober 2023 im slowenischen Brdo pri Kranju war u.a. die Finanzierung des Donau-Jugendrates (Danube Youth Council, DYC) bis 2028 ein wichtiges Thema. Außerdem gaben die NCs grünes Licht für die Verwendung der ENI-Restmittel des auslaufenden INTERREG Danube Transnational Programm für die Ukraine und Republik Moldau im Rahmen des von ihnen koordinierten Prioritätsbereichs 9: „Investitionen in Menschen und Qualifikationen“.

Die Steuerungsgruppe des Prioritätsbereichs 10: „Institutionelle Kapazitäten und Kooperation“ beschäftigte sich bei ihrem Meeting am 6./7. Juni 2023 in Belgrad u.a. mit e-Government im Donaauraum und möglichen Flagship-Projekten der EUSDR für 2024. Auf Vorschlag des Staatsministeriums wurde das Donau-Jugendnetzwerk (Danube Youth Network, DYN), das bereits durch zwei Projektförderungen finanziell unterstützt wurde, in die engere Auswahl aufgenommen. Die Abstimmung hierzu läuft noch bis Mitte Juli 2023.

Mit Mitteln aus dem Donauprojektfonds hat das Staatsministerium im Berichtszeitraum eine Fachkräftebegegnung des Landesjugendrings Baden-Württemberg bewilligt. Durch die Kooperation mit Partnern aus Ungarn und Serbien stärkt das Projekt die Zivilgesellschaft in zwei Ländern des Donaauraums, in denen starker Druck auf Nichtregierungsorganisationen und Jugendeinrichtungen ausgeübt wird.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Am 10./11. Mai 2023 sowie am 15./16. Juni 2023 tagte das Executive Board der EUSALP in Bern und Scuol. Gegenstand war u.a. die Diskussion und Verabschiedung der Arbeitsprogramme der neun EUSALP-Action Groups für 2023 bis 2025 und die Neubesetzung des EUSALP-Jugendrats (EUSALP Youth Council), in dem Baden-Württemberg weiterhin mit zwei Jugendlichen vertreten ist. Zudem sind die Vorbereitungen für die Generalversammlung, das politische Gremium der Strategie, angelaufen.

Frankreich

Bahnprojekt Colmar-Freiburg

Im April 2023 hat sich das Europäische Parlament für die Aufnahme der Bahnstrecke Colmar-Freiburg in das TEN-V-Gesamtnetz ausgesprochen. Dafür hatte die Landesregierung sehr geworben. Nun muss in den Trilog-Verhandlungen ein Kompromiss mit den Mitgliedstaaten gefunden werden, damit für das Bahnprojekt Colmar-Freiburg die Möglichkeit eröffnet wird, eine Co-Finanzierung über die „Connecting Europe Facility“ (CEF) der EU zu erhalten. Auch hierfür setzt sich die Landesregierung ein.

Zukunftsprozess Fessenheim

Sowohl landesintern als auch grenzüberschreitend fanden weitere Gespräche zur Konkretisierung der nächsten Schritte zur Umsetzung der Eucor-Machbarkeitsstudie „Innovationsregion Fessenheim“ statt; zuletzt im Juni 2023 im Rahmen des „Bureau Exécutif“, des Beschlussorgans unter Leitung der Präfektur Haut-Rhin.

Ausschuss für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ)

Am 12. Juni 2023 nahm Staatssekretär Florian Hassler an der Sitzung des AGZ in Landau (Pfalz) teil, die von Staatssekretärin Heike Raab (Rheinland-Pfalz) und der Präfektin der französischen Région Grand Est, Josiane Chevalier geleitet wurde. Der AGZ hat eine Kommunikationsstrategie beschlossen, um seine Sichtbarkeit zu erhöhen und begrüßt, dass Deutschland und Frankreich demnächst eine deutsch-französische Rahmenübereinkunft zur grenzüberschreitenden Ausbildung unterzeichnen werden. Weitere thematische Schwerpunkte dieser Sitzung waren grenzüberschreitende Bahnverbindungen, die grenzüberschreitende Energiewende und eine mögliche neue Arbeitsgruppe zur Gesetzesfolgenabschätzung für den Grenzraum. Die nächste AGZ-Sitzung wird am 23. Oktober 2023 in Baden-Württemberg stattfinden.

Partnerschaftskonzeption

Am 11. Mai 2023 fand der 2. Zukunftsdialog Städtepartnerschaften erstmals in Präsenz im Europapark in Rust statt. Rund 130 Vertreter der Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft aus Baden-Württemberg und Frankreich nahmen an der in Kooperation mit dem Deutsch-Französischen Institut (dfi) organisierten Veranstaltung zum Thema „Herausforderungen von Kommunen in Krisenzeiten – wie bringen sich Städtepartnerschaften ein?“ teil. Im Rahmen der von Prof. Dr. Frank Baasner moderierten Podiumsrunde diskutierten Staatssekretär Florian Hassler mit Brigitte Torloting, Vize-Präsidentin der Région Grand Est, Benjamin Kurc, Leiter des Deutsch-Französischen Bürgerfonds und Katrin Ratke, Leiterin der Abteilung Städtepartnerschaften und Internationale Beziehungen bei der Stadt Esslingen. In drei parallelen Workshops konnten sich die Teilnehmenden anschließend zu den Themen Demokratiestärkung durch Städtepartnerschaften, Zusammenarbeit zur Unterstützung ukrainischer Städte sowie der Zukunft der Städtepartnerschaften austauschen. Auf Basis der positiven Resonanz zur Veranstaltung wird bereits die nächste Auflage für den 3. Mai 2024 unter aktiver Beteiligung der französischen Région Grand Est sowie Auvergne-Rhône-Alpes geplant.

INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

In beiden Programmen läuft die neue Förderperiode sehr gut an. In einigen Prioritätsachsen wurden bereits sehr viele Projekte eingereicht und genehmigt, beispielsweise im Bereich Klima und Energie. In anderen Prioritätsachsen hingegen wurden wenige bis keine Projekte eingereicht, beispielsweise im Verkehrs- und Gesundheitsbereich, KMU. Daher wird gezielt um Projekte in den gering ausgelasteten Achsen geworben. Zudem muss bereits in dieser frühen Phase der Förderperiode über eine Anpassung in der Programmierung nachgedacht werden, um auch künftig finanzielle Mittel für weitere innovative Projekte in den bereits stark ausgelasteten Achsen zur Verfügung stellen zu können.

Vier Motoren für Europa

Baden-Württemberg setzt die Präsidentschaft seit Ende März 2023 planmäßig um und nimmt seine steuernde Funktion des Netzwerks wahr.

Die baden-württembergische Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa wird im Land, aber auch darüber hinaus, mit viel Interesse aufgenommen. In diesem Sinne haben im Berichtszeitraum einige Gespräche mit unterschiedlichen Akteuren über mögliche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit stattgefunden, beispielsweise mit dem Goethe-Institut Lyon oder dem Europa Zentrum Baden-Württemberg. Die Vier Motoren-Partner wurden im Berichtszeitraum bei verschiedenen Veranstaltungen einbezogen,

etwa bei einem Jugendsportwettkampf oder bei einer Europa-Jugendveranstaltung im Landesparlament zum Thema „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“. Es fand überdies ein Treffen der Industrie- und Handelskammern Stuttgart, Barcelona, Lyon und Mailand statt. Dies trägt zu der im Koalitionsvertrag vorgesehene „Modernisierung der Vier Motoren für Europa hin zu einer stärkeren Öffnung für weitere Akteure aus Wirtschaft und Kultur, regionalen Parlamente und Zivilgesellschaft“ bei.

Entwicklungspolitik

Messe Fair Handeln

Die „Fair Handeln - Internationale Messe für Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln“ fand in diesem Jahr gemeinsam mit dem „Markt des guten Geschmacks – die Slow Food Messe“ vom 13.-16. April 2023 im Rahmen Stuttgarter Frühjahrmessen mit rund 60.000 Besuchenden statt. Auf der Fair Handeln zeigten rund 100 Ausstellende Trends, Produkte und Innovationen in den Bereichen Fairer Handel, Entwicklungszusammenarbeit, Nachhaltiger Tourismus, Nachhaltiges Finanzwesen und Verantwortlicher Unternehmensführung (CSR) sowie dem Sonderbereich Future Fashion. Ideelle und fachliche Trägerin der Messe ist die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg. Das Staatsministerium ist Partner und war mit einem Landesstand zum Schwerpunkt Burundi-Partnerschaft dabei und wirkte bei einer Vielzahl von Veranstaltungen aktiv mit.

Am 15. April 2023 fand unter Mitwirkung von Staatssekretär Rudi Hoogvliet die Entwicklungspolitische Landeskonzferenz im Rahmen des Beteiligungsprozesses Welt:Bürger gefragt! statt. Unter dem Motto „Baden-Württemberg entwickeln – Globale Verantwortung beginnt bei uns!“ diskutierten rund 170 entwicklungspolitisch Engagierte mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung und des Landtags ihre Anliegen und konkrete Ideen zum Thema globale Gerechtigkeit. Organisiert wurde die Veranstaltung mit neun Workshops von den Eine Welt-Promotorinnen und Promotoren. Dieses von Bund und Land finanzierte Programm in der Trägerschaft des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. stärkt seit zehn Jahren das entwicklungspolitische Engagement im Land.

Ebenfalls am 15. April 2023 fand der 2. Mindchangers Summit im Rahmen der von der EU geförderten Mindchangers-Kampagne unter Mitwirkung von Staatssekretär Rudi Hoogvliet statt. Unter dem Motto „Youth for Global Justice“ ging es ganz konkret um Visionen, Ideen und Vorschläge junger Menschen für den Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit bei uns und im Globalen Süden. Im Rahmen eines Barcamps, einer offenen Konferenz, deren inhaltliche Gesprächsrunden durch die Teilnehmenden selbst vor Ort entwickelt wurden, tauschten sich die rund 80 Akteurinnen und Akteure mit hoher Dynamik und vielseitiger Kreativität aus. In diesem Rahmen stellten

in der „Gallery of #changeBW“ verschiedenste Initiativen aus dem Land ihre Angebote vor.

Staatssekretärin Gisela Splett nahm an dem sehr lebendigen Baden-Württemberg-Burundi-Treffen teil, welches durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg organisiert wurde. Den Teilnehmenden bot sich unter dem Thema „Frauen. Landwirtschaft. Entwicklung. Einblicke in die Lebenssituation von Landfrauen aus Ba-Wü und Burundi“ ein Forum zum Austausch mit reger Diskussion.

Delegationsreise nach Burundi

Vom 26. Juni bis 3. Juli 2023 reiste Staatssekretär Rudi Hoogvliet mit einer Delegation von zwölf baden-württembergischen Vertreterinnen und Vertretern von Landtag, Kirchen, Städten und Gemeinden, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Schulen, Hochschulen und Presse nach Burundi. Es handelte sich um die erste Delegationsreise der Landesregierung seit 2014. Dementsprechend standen vor allem das persönliche Kennenlernen des Landes Burundi, seiner Kultur und Menschen sowie das nachhaltige Vernetzen der Akteurinnen und Akteure aus Baden-Württemberg und Burundi zur Intensivierung der bereits seit rund 40 Jahren währenden Landespartnerschaft im Vordergrund.

Im Rahmen der Reise konnte Staatssekretär Hoogvliet in mehreren politischen Gesprächen mit Mitgliedern der burundischen Regierung, darunter der Innen-, der Bildungs-, der Landwirtschafts- und der Energieminister sowie kommunalen Vertretern, wie dem Bürgermeister von Bujumbura, das Land Baden-Württemberg vorstellen und sich über die Aktivitäten und gemeinsame Perspektiven der Landespartnerschaft austauschen. Höhepunkte waren außerdem die gemeinsame Teilnahme mit dem burundischen Präsidenten an den Festlichkeiten anlässlich des Unabhängigkeitstages am 1. Juli 2023 in Gitega sowie die Eröffnung der Diplomatischen Woche als Ehrengäste des stellvertretenden Außenministers.

Ebenso wichtig wie die politische Wahrnehmung war der Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der burundischen Zivilgesellschaft. Interessante Gespräche mit bekannten burundischen Anti-Korruptions- und Good Governance-Aktivisten sowie mit der Foundation Stamm ermöglichten vielseitige Einblicke in das zivilgesellschaftliche Engagement in Burundi.

Die Delegation konnte sich vor Ort darüber hinaus ein Bild von beispielhaften Projekten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit machen: besucht wurden unter anderem das Deutschzentrum mit einer feierlichen Übergabe von Deutschzertifikaten, die Doktorandenschule an der Universität Bujumbura, Kooperativen und die Kaffeeverarbeitung als Teile des Agroforst-Clusters in der Nähe von Gitega sowie das neue Friedensinstitut am Mont Sion Gikungu.

Zur nachhaltigen Stärkung der Zusammenarbeit mit Burundi und zur Anbahnung neuer Projektvorhaben konnte im Rahmen der Reise ein neues Verbindungsbüro des Landes Baden-Württemberg für die Partnerschaft mit Burundi eröffnet werden. Außerdem boten insbesondere ein Austauschtreffen für die baden-württembergischen und burundischen Partnerinnen und Partner der Zusammenarbeit, organisiert durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg, sowie ein Empfang der Deutschen Botschaft den Delegationsteilnehmenden intensive Gelegenheiten zum Netzwerkaufbau und Austausch zu den Schwerpunkten der weiteren partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Die Besichtigung von zwei Einrichtungen der Fondation Stamm in Kajaga nahm die Delegation außerdem zum Anlass, den Engagierten vor Ort die politische Unterstützung des Landes Baden-Württemberg zur Nothilfe anlässlich der Überschwemmung in Gatumba und Kajaga mitzuteilen. Ein Antrag des deutschen Partnervereins Burundikids e.V. für eine gemeinsame Solidaritätsaktion der Landesregierung und der Regierungsfractionen des Landtags liegt dem Staatsministerium vor und wird derzeit geprüft.